

Mark Smirnow

Die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche in der gegenwärtigen politischen Entwicklungsphase Rußlands (1993-1997)

Wenn wir uns vornehmen, die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche in der gegenwärtigen politischen Entwicklungsphase Rußlands zu bestimmen, so behaupten wir damit a priori, daß sie eine solche hat, d.h. daß sie ihre eigene Politik (sowohl nach innen, als auch nach außen) in bezug auf Staat und Gesellschaft in Rußland, aber auch international betreibt. Es ist durchaus möglich, daß eine solche Behauptung etwa übertrieben erscheint. Es sind schließlich noch nicht einmal zehn Jahre vergangen, seit die russisch-orthodoxe Kirche aus ihrer 'babylonischen Gefangenschaft' entkommen ist, in der sie sich unter dem kommunistischen Regime von 1918 bis 1991 befand. Und plötzlich ist sie dermaßen aktiv, daß sie in der Lage ist, die Staatsmacht zu beeinflussen und eine bedeutende Rolle in der Außen- und Innenpolitik des gegenwärtigen Rußland zu spielen.

Im Laufe vieler Jahrzehnte, in denen man die Kirche in der UdSSR „Kirche des Schweigens“ nannte, herrschte im Westen wirklich die Meinung, daß die russisch-orthodoxe Kirche keinen eigenen Standpunkt zu politischen und sozialen Fragen vertrete, daß sie sich im wesentlichen auf liturgische Praxis und Seelsorge beschränke, und zwar in dem Rahmen, der ihr von der kommunistischen Regierung zugewiesen wurde; ihre Positionen zu sozialen Fragen aber seien ihr von außen aufgezwungen. Als Beispiel hierfür kann die Äußerung des Kardinals Roger Echehari gelten, der 1989, nach seinem Besuch bei den Feierlichkeiten zum tausendjährigen Bestehen des Christentums in Rußland (1988) und in der Atmosphäre allgemeiner Euphorie im Westen angesichts der 'sichtbaren' ge-

Nach dem Ende der 'Babylonischen Gefangenschaft' der russisch-orthodoxen Kirche hat diese in der neuen russischen Politik eine aktive Rolle übernommen, was ihrem bereits auf der Tausendjahrfeier der Taufe Rußlands demonstrierten neuen Selbstbewußtsein durchaus entspricht. Das Fehlen einer eigenständigen Lehrtradition in sozialetischen Fragen und ein von den westlichen Kirchen bereits vor hundert Jahren überwindener Entwicklungsstand haben die Kirche in Rußland hierbei den Weg in ein auch politisch erzkonservatives, nationalistisch geprägtes Staats- und Weltbild einschlagen lassen, das der derzeitigen russischen Führung durchaus gelegen kommt. Die Absegnung des russisch-weißrussischen Freundschaftsvertrages durch Patriarch Alexi II., dessen unverhohlene Parteinahme für die serbische Seite im Balkankrieg sowie die quasioffiziellen, den Tenor der russischen Außenpolitik stets deckenden Erklärungen russischer Geistlicher im Ausland sind Ausdruck der Verbundenheit der Kirche mit den Interessen der russischen Politik. Schließlich zeugt auch die kirchliche Haltung in Fragen der Landesverteidigung von keinem anderen Geist: Die Erneuerung des Kosakentums und die Erziehung der jungen Soldaten stelle, so heißt es, eine Aufgabe dar, deren Übernahme insbesondere dem Klerus vorbehalten sei.

sellschaftlichen Veränderungen in der UdSSR sagte: „Ich habe in Moskau an der 1000-Jahrfeier der Taufe Rußlands teilgenommen. Für die orthodoxe Kirche ergeben sich nun Möglichkeiten, spürbar die Gesellschaft im Zeitalter der Perestrojka zu beeinflussen. Bis zum heutigen Tage mußte die Kirche ihre geistigen Kräfte hauptsächlich auf den liturgischen Gottesdienst konzentrieren. Jetzt aber sieht sie ihre Berufung darin, das Evangelium in ein breites Netz von sozialen und humanitären Initiativen einfließen zu lassen. [...] Der soziale Gedanke der katholischen Kirche kann uneigennützig und solidarisch einen Beitrag zur Erschaffung eines Hortes des Friedens und der Gerechtigkeit durch das sowjetische Volk schaffen, der offen ist für alle.“¹⁾

1) Roger Echegari, Vorwort zur russischen Ausgabe des Buches von Patrick de Laubier, Sozialdoktrin der katholischen Kirche, Brüssel 1989, S.8.

Ohne Zweifel zeigt solch wohlwollende und von freundschaftlichen Gefühlen durchdrungene Äußerung eines Vertreters der katholischen Kirche das Bestreben dieser Kirche hin zum Dialog mit der russisch-orthodoxen Kirche und zur Hilfe bei ihrer Erneuerung; inwieweit aber entspricht diese Sicht der russisch-orthodoxe Kirche der Wirklichkeit?

Viele Geistliche und Historiker im Westen haben lange Zeit nicht bemerkt, daß die russisch-orthodoxe Kirche seit dem Zweiten Weltkrieg ihre eigenen sozialpolitischen Positionen zu vertreten begann und eine Politik betrieb, die unter Anpassung an die kommunistische Ideologie im Laufe vieler Jahrzehnte eine ernstzunehmende erzieherische Bedeutung sowohl für die Geistlichkeit als auch für die Gemeinden hatte. Natürlich war dies eine recht wilde Mischung aus Patriotismus, fundamentalistischer orthodoxer Religion und vulgärem Sozialismus; sie erwies sich aber als ausgesprochen lebensfähig und verschwand nicht mit dem Zerfall des kommunistischen Regimes.

Sicher sähen die westlichen Christen die russisch-orthodoxe Kirche gerne als 'orthodoxe Kirche mit menschlichem Antlitz', als geistigen Anreiz für eine moralische Renaissance in Rußland, die offen wäre für die sozialen Probleme der modernen Welt und den Dialog mit anderen christlichen Konfessionen und Religionen.

Eine solche orthodoxe Kirche könnte in der Tat ihren Beitrag zum sozialen Dienst an der Gesellschaft leisten. Diese ziemlich optimistische Einschätzung der russisch-orthodoxen Kirche und ihrer

Politik aber befindet sich im deutlichen Widerspruch zu den Aussagen ihrer Vertreter, die hinzielen auf eine stärkere Position der eigenen Kirche im Staat und auf den Erwerb eines gesetzlich legitimierten, besonders privilegierten Status unter den anderen religiösen Organisationen. Hier kann man häufig Feindseligkeit und Ungeduld gegenüber westlichen christlichen Konfessionen und ihren Missionen sowie neuen religiösen Bewegungen heraushören, aber auch das Bestreben, den Bürgern Rußlands orthodoxe Religion und Patriotismus als neue Staatsideologie aufzudrängen.

Dem modernen Christentum im Westen scheinen all diese Tendenzen, die in der russisch-orthodoxen Kirche existieren, schwer verständlich und kaum glaubhaft. In den westlichen Ländern nämlich, wo es seit langem eine offene, bürgerliche Gesellschaft gibt und wo das ganze 20. Jahrhundert von der Säkularisierung geprägt ist, gehören solche Versuche, irgendeine christliche Konfession zur staatlichen zu machen (oder zur vom Staat bevormundeten), längst der Vergangenheit an. Bei dem Versuch, die Gründe hierfür zu erklären, sollten wir nicht vergessen, daß die historische orthodoxe Kirche in ihrer sozialen Entwicklung weit hinter den westlichen christlichen Kirchen zurückgeblieben ist, vielleicht um hundert Jahre! Die orthodoxe Kirche in Rußland und in der Ökumene hatte weder in der Vergangenheit noch heute ihre eigene christliche Soziallehre. Sie war immer anfällig für den Einfluß der einen oder anderen politischen Systeme und Ideologien (manchmal äußerst reaktionärer, manchmal auch offen atheistischer).

Die Politik der russisch-orthodoxen Kirche ist im Umfeld aller orthodoxen Kirchen des Ostens zu sehen. Die orthodoxe Kirche Griechenlands z.B. ist gegen die Abschaffung eines Gesetzes, das ihre staatliche Stellung anerkennt. Die Athener Mönche predigen gegen elektronische Magnetkarten und das Internet, da dies angeblich Auswüchse des Antichristen seien, der die Welt mit seinen Fäden einfangen will. Forschungen über den religiösen Faktor in der Politik machen einen Einfluß nationalistischer Prediger in der serbischen orthodoxen Geistlichkeit auf die Gemeinde aus. Diese interpretieren die Politik der internationalen Staatengemeinschaft, der Ver-

einten Nationen und der NATO als Verschwörung jüdischer Freimaurer (des jüdischen Kapitals) und des Vatikans gegen das serbische Volk, die Slawen und die orthodoxe Kirche.

Es ist zu bedauern, daß die russisch-orthodoxe Kirche einen Weg eingeschlagen hat, der zur Selbstisolierung führt, und daß ihr Einfluß auf die gegenwärtige Politik in Rußland die Förderung einer konservativen Ideologie, das Aufkeimen von nationalistischen Stimmungen und die Suche nach äußeren und inneren Feinden zur Folge hat. Jeder unvoreingenommene Beobachter aber sollte daran denken, daß sich kein objektives Bild von der gegenwärtigen Rolle der russisch-orthodoxen Kirche im politischen Leben Rußlands ergibt, ohne daß die historischen Wurzeln der Kirche dabei berücksichtigt werden, die ja nur mit zwei politischen Systemen konfrontiert war: der imperialen Autokratie und dem kommunistischen Imperium; beiden diente die russisch-orthodoxe Kirche korrekt und gehorsam. Aus diesem Grunde ist es ziemlich schwierig, von der russisch-orthodoxen Kirche irgendeine andere Politik zu erwarten, da sie eine solche einfach nicht kennt; sie läßt sich von der historischen Erfahrung leiten, über die sie verfügt. In ihrer jetzigen 'Kirchenpolitik' gibt es keine Neuerungen. Alle erwähnten Tendenzen hat es schon in der Vergangenheit gegeben. Diese Vergangenheit ist wie ein altes Kleid, das man aus einer Truhe entnommen und einmal gewendet hat.

Wie aber beurteilt die russisch-orthodoxe Kirche selbst ihre 'Kirchenpolitik'? Die Kirchenleitung und die Vertreter der Hierarchie lassen des öfteren verlauten, daß „die russisch-orthodoxe Kirche sich außerhalb der Politik bewegt“, daß sie offen ist gegenüber allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen, daß sie keinen Einfluß nimmt auf politische Meinungen und Präferenzen ihrer Gemeinde, seien es Kommunisten, Nationalisten, Monarchisten oder Demokraten.

Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, der Patriarch von Moskau und ganz Rußland, Alexi II., hat 1996 in der Zeitschrift *Moskowskije Nowosti* im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bildung der Union zwischen Rußland und Weißrußland gesagt:

„Das, was man im weltlichen Alltag gemeinhin als „Kirchenpolitik“ bezeichnet, zeichnet sich immer

durch fehlende Hast aus, die die Erfahrung einer demütigen und aufmerksamen Sicht göttlichen Willens für unsere Welt widerspiegelt. Keine sofortigen Entscheidungen, sondern sorgfältiges Abwägen müssen kennzeichnend sein für das Urteil der Kirche zu gesellschaftlichen Belangen. [...] Die Kirche ist nicht dazu berufen, weltliche Macht und weltlichen Besitz zu erwerben. Weil sie die Macht nicht anstrebt, erwirbt sie eine besondere innere Freiheit, Zeugnis abzulegen vor den irdischen Mächten über die echten Nöte der Menschen und sich um ihr Wohl zu kümmern.“²⁾

Worin besteht denn das Zeugnis des Patriarchen, das er ablegt vor den Mächten über die Nöte der einfachen Menschen, um deren Wohl er bemüht ist? Lesen wir weiter:

„Gerade in dieser geistigen Sicht“, schreibt Patriarch Alexi II., „nimmt die Kirche den neuen Einigungsprozeß zwischen den Ländern der Gemeinschaft (unabhängiger Staaten – Anm. des Autors) wahr, der seine Zustimmung unter den Völkern eines ehemals geeinten Lebensraumes findet. [...] Es ist offensichtlich, daß der Weg einer übermäßigen nationalen und regionalen Isolation, den wir bereits durchlitten haben, nicht die erwarteten Früchte bringt. Die Annäherung der Völker, die Leid und Freude gemeinsam erfahren haben, ist nicht Teil einer Wahlkampagne, sondern basiert auf der tiefen Verwurzelung in der Vergangenheit und dem Streben in die Zukunft. Sie ist notwendig für den Erhalt einer einzigartigen euroasiatischen Gemeinschaft, wie sie sich in den historischen Weiten der jetzigen Gemeinschaft herausgebildet hat.“

Jetzt wird klar, daß es nicht um den Schutz von Hungrigen und Obdachlosen geht, sondern um das Bestreben zweier slawischer Völker (des russischen und des weißrussischen), die angeblich nicht getrennt voneinander in unterschiedlichen Staaten leben wollen, sich in einem einheitlichen slawischen Staat zu vereinigen, allerdings derweil ohne die Ukraine!

Interessant ist dabei, daß in Rußland die kommunistischen Abgeordneten der Staatsduma als erste diesen Gedanken geäußert hatten. Den Aufruf der russischen Kommunisten zur Vereinigung von Rußland und Weißrußland hat die russische Presse zunächst als Versuch bewertet, den Vertrag zur Grün-

2) *Moskowskije Nowosti*, Nr. 14, 7.-14. April 1996, S. 5.

derung der GUS aufzukündigen und die alte UdSSR wieder ins Leben zu rufen. Später haben die Nationalpatrioten und die russisch-orthodoxe Kirche die Idee der Wiedervereinigung aufgegriffen. Großen Einfluß auf die russische Regierung hat auch Lukaschenko, der Präsident Weißrußlands, ausgeübt. Schließlich wurde diese Idee dann auch von Präsident Jelzin verkündet, der offensichtlich damit rechnete, daß die historische Tat der Wiedervereinigung von Brüdervölkern für ihn eine gute Wahlkampfwerbung im Vorfeld der Präsidentenwahlen 1996 sein würde.

Am 2. April 1996 wurde im Kreml von den Präsidenten Rußlands und Weißrußlands, Jelzin und Lukaschenko, ein Vertrag über die Integration zweier 'Bruderstaaten' geschlossen. Die Teilnahme des Patriarchen Alexi II³⁾ an der Vertragsunterzeichnung wurde zum Höhepunkt einer 'Symphonie', der Zusammenarbeit von Kirche und Staat in einer postkommunistischen Gesellschaft, wovon die Hierarchie der orthodoxen Kirche in Byzanz und Rußland immer geträumt hatte (zur Zeit der Zaren ebenso wie während der Ära der Kommunisten). Bei der Zeremonie erschien der Patriarch als Abbild der Einheit zweier orthodoxer slawischer Völker; schließlich ist er das Oberhaupt der orthodoxen Kirche sowohl in Rußland als auch in Weißrußland. Der Vertrag erhielt den Segen des Patriarchen, was ihm nach Meinung der Organisatoren vermutlich eine gewisse Heiligkeit und Unverbrüchlichkeit verlieh.

Daß der Patriarch von der Idee einer Integration der ehemaligen Sowjetvölker ergriffen war, beweist auch, daß kurz nach der feierlichen Unterzeichnung des Vertrages der Artikel von Alexi II. in den *Moskowskije Nowosti* erschien, aus dem wir oben zitierten.

Es war kaum ein Monat nach diesem 'epochalen' Ereignis vergangen, als die Weißrussen, mit Rußland 'verbunden durch den Segen des Patriarchen', offen gegen diese 'Union' zu Felde zogen, da sie in ihr den Versuch erblickten, die UdSSR und die imperiale Politik Rußlands in bezug auf die anderen Völker wieder aufleben zu lassen. Eine Demonstration von 30.000 Menschen mit Vertretern aller zu Lukaschenko in Opposition stehenden Parteien führte zu

3) Zur Rede des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des russisch-weißrussischen Vertrages siehe Zeitschrift des Moskauer Patriarchats, Nr. 4-5, 1996, S. 23-24.

Zusammenstößen mit der Polizei und zu zahlreichen Verhaftungen.

Die Ereignisse in Weißrußland in den Jahren 1996 und 1997 haben deutlich gemacht, daß ein bedeutender Teil der weißrussischen Gesellschaft diese Integration nicht möchte und Angst hat vor der Politik des Präsidenten, der die gesamte Macht im Land auf sich konzentriert hat. Die internationale Öffentlichkeit ist heute eindeutig der Meinung, daß in Weißrußland die Menschenrechte systematisch verletzt werden: Auf Befehl des Präsidenten jagen Sondereinheiten der Miliz mit Schlagstöcken Demonstranten rücksichtslos auseinander; die Miliz nimmt Bürgerrechtler und Vertreter der Opposition fest und prügelt auf sie ein; unabhängige Journalisten werden verfolgt, darunter auch russische. Im Sommer 1997 war die George Soros-Stiftung gezwungen, ihre Tätigkeit in Weißrußland einzustellen, da sie von den weißrussischen Behörden beschuldigt wurde, illegale kommerzielle Geschäfte zu tätigen. Über sie wurde eine Geldstrafe in Höhe von drei Millionen US-Dollar verhängt, ihr Vermögen wurde gepfändet. Kurz und gut, das heutige Weißrußland ist ein echtes Relikt aus der Sowjetzeit, ein Reservat des sowjetischen Erbes.

Gleichsam als Antwort an den Patriarchen Alexi hat der weißrussische Schriftsteller Wasil Bykow die Integration von Rußland und Weißrußland mit folgenden Worten kommentiert: „Die Vereinigung zu einem Supergebilde, wie auch immer es heißen möge, führt zu nichts Gutem, wenn in beiden Teilen extreme Armut und Verbitterung vorherrschen. Die gesamte historische Erfahrung Europas (und nicht nur Europas) bescheinigt dies.“

Nicht weniger radikal reagieren auf den russisch-weißrussischen Vertrag orthodoxe Gläubige aus Weißrußland. Taisa Mischenko hat in den *Moskowskije Nowosti* einen Artikel veröffentlicht, der mit den Worten beginnt: „Ich will nicht die staatlichen Akteure in Rußland und Weißrußland richten für das, was sie am 2. April begangen haben. Was war es denn: eine Wahlkampf-Farce, der Beginn einer Annexion oder einfach nur ein weiterer Freundschaftsvertrag, von dem keine der beiden Seiten weiß, was er ihnen bringen wird? Mich erstaunte und bestürzte die Teilnahme eines dritten Akteurs an diesem politi-

schen Akt, des Oberhauptes der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Alexi II. Ich bin eine Weißrussin orthodoxen Glaubens, meine Kinder wurden in einer orthodoxen Kirche in Weißrußland getauft. Deswegen nehme ich an, daß der Patriarch, als er die Union zwischen den weißrussischen und russischen Glaubensgenossen segnete, möglicherweise auch mich, meine Kinder und andere orthodoxe Weißrussen meinte, obwohl wir vermutlich nicht die Mehrheit stellen, wenn man die wirklich Aktiven unter den Gläubigen meint, d.h. diejenigen, die regelmäßig ein Gotteshaus aufsuchen. Berücksichtigt man ansonsten diejenigen, die nicht zu den aktiven Gläubigen zu zählen sind, sondern nur nach dem einen oder anderen Ritus getauft wurden, so haben wir noch 1,5 Millionen weißrussische Katholiken und viele Protestanten. Dies sind keine hinzugezogenen Ausländer, sondern Menschen, die seit Jahrhunderten hier leben. Es ist für mich und, da bin ich mir sicher, auch für viele andere ein Ärgernis, wenn sich Staatsmänner die Unterstützung der Kirche sichern [...] Nimmt nicht die russisch-orthodoxe Kirche, indem sie sich in die Politik miteinbinden läßt, eine übermäßige und unnötige Last auf sich?⁴⁾“

4) *Moskowskije Nowosti*,
Nr.14, 7.-14. April 1996, S. 8.

Weiß der Patriarch von Moskau und ganz Rußland etwa nicht, was in Weißrußland vor sich geht? Will er etwa, wenn er sich Integration wünscht, daß auch in Rußland die Menschenrechte verletzt werden? Warum hat er nicht, als er die Union der beiden Staaten segnete, seine Stimme zum Schutz der politischen Gefangenen erhoben, die in den weißrussischen Gefängnissen festgehalten werden?

Warum hat der Patriarch nicht die Erklärung von Wladimir Schirinowskij, die von der staatlichen Informationsagentur Weißrußlands weitergeleitet wurde, verurteilt, in der es hieß: In diesem Staat gebe es „wie sonst in keiner anderen Republik der ehemaligen UdSSR, eine äußerst zahlreiche und einflußreiche jüdische Diaspora, ein unheilvolles Erbe Polens.“ Dies ist eindeutig ein Schüren nationaler und religiöser Feindschaft zwischen den Völkern! Soll denn wirklich die ganze Mission der russisch-orthodoxen Kirche darin bestehen, den politischen Zielen weltlicher Herrscher, seien es russische Imperatoren oder die postkommunistische Nomenklatura, zu dienen?

Leider kann man gerade zu dieser Schlußfolgerung kommen, wenn man versucht, die 'Kirchenpolitik' der russisch-orthodoxen Kirche in den letzten Jahrzehnten zu analysieren. Eine Bestätigung hierfür ist die Teilnahme des Patriarchen Alexi II. an der Inauguration von Präsident Jelzin am 9. August 1996.⁵⁾ Der Präsident leistete seinen Eid nicht auf die Bibel, sondern auf die Russische Verfassung, die bereits des öfteren verletzt wurde. Es gibt keinerlei Garantie dafür, daß dies nicht auch in Zukunft passieren wird. Die Anwesenheit des Oberhauptes der russisch-orthodoxen Kirche war offensichtlich dazu gedacht, auch diesen Widersprüchen den Segen zu erteilen. Inwieweit ist die Teilnahme des Patriarchen als Oberhaupt einer der Konfessionen Rußlands an dieser staatlichen Zeremonie überhaupt verfassungsgemäß? Religiöse Organisationen sind gemäß der Verfassung vom Staat getrennt und gleich vor dem Gesetz. Der Patriarch Alexi kann nicht für alle russischen Gläubigen sprechen! Hiermit sind weder die Vereinigung der Muslime Rußlands einverstanden, noch die russisch-orthodoxe Kirche der Altgläubigen oder die russischen Protestanten und Katholiken, ganz zu schweigen von den zahlreichen Vertretern neuer religiöser Bewegungen, gegen die die russisch-orthodoxe Kirche und eine Reihe einflußreicher russischer Politiker zu Felde ziehen.

Der Auftritt des Patriarchen bei der Zeremonie zur Amtseinführung des Präsidenten hat die Bevorzugung der russisch-orthodoxen Kirche durch den Staat gegenüber den übrigen traditionellen und neuen christlichen Konfessionen und Religionen im postkommunistischen Rußland anschaulich vor Augen geführt. Man kann noch so viel über die Trennung von Kirche und Staat sprechen, über die Rechte der Gläubigen und die Gewissensfreiheit, das neue Gesetz 'Über die Gewissensfreiheit' und religiöse Organisationen gutheißen oder das alte verteidigen: De facto verfügt die russisch-orthodoxe Kirche und ihre Hierarchie bereits über einen halbstaatlichen Status, was in Rußland sehr viel wichtiger ist als Gesetze!

Die Teilnahme des Patriarchen an staatlichen Zeremonien wurde in den letzten sechs Jahren zu einem Bestandteil des Protokolls, ebenso wie die der Präsidentengattin Naina Jelzina. In der Liste der Amts-

5) Rede des Patriarchen Alexi II. bei der Inauguration von B. Jelzin. Vgl. Zeitschrift des Moskauer Patriarchats, Nr.9, 1996, S. 64-65.

personen nimmt der Patriarch eine entsprechende Position ein, die laut Angaben aus nichtoffiziellen Quellen unter der der Präsidentengattin, aber über der des Präsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften liegt.

Wir haben hier nicht die Möglichkeit, alle Fälle anzuführen, die die Zusammenarbeit von russisch-orthodoxer Kirche und russischem Staat aufzeigen, aber es gäbe hierzu etliche Beispiele, wie z.B. die Einweihung der Kapelle zu Ehren der heiligen Fürsten Boris und Gleb im Zentrum Moskaus am 6. August 1997 (dem Namenstag von B. Jelzin). Nur ein denkfauler Mensch kommt nicht darauf, daß dies eine höfliche Geste der Kirche und der Staatsbürokratie gegenüber dem Präsidenten und seinen Enkeln ist, die Boris und Gleb heißen. Die Kapelle hat der Patriarch selbst geweiht, der Präsident ehrte dieses Ereignis durch seine Anwesenheit. Von Interesse ist sicher auch, daß die Kapelle vom russischen Verteidigungsministerium finanziert wird, also nicht für irgendeine bestehende Gemeinde von Gläubigen errichtet wurde und somit keine gewöhnliche Gemeindekirche ist. Für den Unterhalt der Kapelle kommen nicht die Gemeinde der Gläubigen, sondern der Staat auf, was zur Verfassung des Landes in direktem Gegensatz steht.

Dennoch sollte man nicht denken, daß die russisch-orthodoxe Kirche völlig abhängig ist von der Politik des Staates, daß sie nur die politischen Befehle staatlicher Stellen ausführt und die Interessen der neuen Nomenklatura bedient. Neben dieser üblichen Rolle der russisch-orthodoxen Kirche ist in der letzten Zeit das Bestreben der Kirchenleitung zu bemerken, eine von den staatlichen Machtorganen, den Duma-Fraktionen, den politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen unabhängige Politik zu machen. Aus diesem Grunde existieren zwei Strömungen parallel, obwohl das Bestreben der russisch-orthodoxen Kirche, Einfluß auf den Gang der politischen Ereignisse auszuüben, infolge der Schwäche des Staates, einer fehlenden klaren staatlichen Politik in bezug auf die russisch-orthodoxe Kirche und der wenig eindeutigen Politik in Rußland vermutlich weiter wachsen wird. Diese Umstände wird die russisch-orthodoxe Kirche wohl auch in

Zukunft weiter nutzen, um ihren Status zu festigen und Einfluß auf Staat und Gesellschaft auszuüben.

■ Dokumentation

Wir wollen versuchen, die 'Kirchenpolitik' der letzten Jahre nachzuzeichnen, basierend auf Mitteilungen der offiziellen Presse des Moskauer Patriarchats und anderer Periodika, die in Rußland erschienen.

Außenpolitik

Auftritte auf der internationalen Bühne

Jedes Mal, wenn der Patriarch oder andere Würdenträger des Moskauer Patriarchats einen offiziellen Besuch im Ausland abstatten, nutzen sie internationale Organisationen als Tribüne für die Verlautbarung der einen oder anderen politischen Idee, die den Rahmen der offiziellen russischen Außenpolitik nicht verläßt und die eigene Position der russisch-orthodoxen Kirche zu außenpolitischen Fragen bekräftigt. Dies entspricht vollständig der traditionellen amtlichen Rolle der russisch-orthodoxen Kirche vor der Revolution, als deren Geistlichkeit im Ausland direkt dem Außenministerium unterstellt war und den Kirchen der Botschaften zugeteilt wurde. Die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche im Ausland waren somit politische Agenten des Staates.

Als Beispiel für politische Erklärungen, die von Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche im Ausland abgegeben werden, kann folgendes angeführt werden: Patriarch Alexi II. kritisierte im Herbst 1995 bei seinem Besuch in Deutschland die Politik der westlichen Staaten in bezug auf das ehemalige Jugoslawien und speziell die bosnischen Serben. In einem Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler drückte der Patriarch seine Sorge um die orthodoxen Geistlichen in Rußland und Weißrußland im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung und dem Heranrücken der NATO-Truppen an die Grenzen der GUS aus. Es drängt sich hier nur die rhetorische Frage auf, welche Beziehung denn diese Äußerungen des Patriarchen zu seinem priesterlichen Besuch in der Bundesrepublik hatten. Oder war der Besuch ein Staatsbesuch?

In der letzten Zeit ist eine aktive Zusammenarbeit zwischen den ausländischen Vertretungen der rus-

sisch-orthodoxen Kirche und den diplomatischen Vertretungen Rußlands (den Botschaften, Konsulaten und diplomatischen Missionen) in der Außenpolitik zu bemerken. Es werden gemeinsame Aktionen durchgeführt, der Umgang mit der russischen Diaspora wird abgestimmt, staatliche und kirchliche Besuche werden von beiden Ämtern organisiert. Dadurch, daß die Gebäude der Botschaften und anderer diplomatischer Vertretungen der Russischen Föderation von der russisch-orthodoxen Kirche eingeweiht werden, entstehen die Voraussetzungen dafür, daß jedes beliebige Gotteshaus der russisch-orthodoxen Kirche und dessen Geistlichkeit als Vertretung der Russischen Föderation angesehen werden kann. Anzumerken wäre hier, daß auch unter der kommunistischen Herrschaft die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche im Ausland ziemlich enge Kontakte zu den sowjetischen Diplomaten hatten, welche ihre kirchlichen Kollegen steuerten.

6) Vgl. John Barron, „KGB. Die Arbeit der sowjetischen Geheimagenten“, in: *Effect Publications*, Tel-Aviv 1978, S. 72-74.

Diese Kontakte aber waren geheim.⁶⁾ Gegenwärtig wird die Beziehung der russisch-orthodoxen Kirche zu diplomatischen Vertretern Rußlands praktisch nicht mehr im Verborgenen gehalten.

Wenn wir von einer koordinierten Vorgehensweise zwischen der Führung der russisch-orthodoxen Kirche und dem russischen Staat sprechen, so läßt sich hier noch ein ganz aktuelles Beispiel anführen: Während eines Treffens zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin im Sommer 1997 in Baden-Baden übergab Jelzin dem Kanzler einen Brief von Alexi II. Der Patriarch drückte in diesem Brief seine tiefe Besorgnis darüber aus, daß in Deutschland bis heute ein Gesetz von 1938 existiere, daß von Hitler unterschrieben worden sei und die russisch-orthodoxe Kirche diskriminiere. Laut diesem Gesetz war das russische kirchliche Eigentum auf deutschem Gebiet der russisch-orthodoxen Kirche im Ausland (ROKA) übertragen worden. Die russische Nachrichtenagentur Nowosti ließ in einem Kommentar verlautbaren, daß dieses Gesetz diskriminierend sei. Es könne nämlich zum völligen Verlust des kirchlichen Eigentums führen, da die ROKA angeblich seinen Ausverkauf betreibe.

Die Lage der Russen und der russischsprachigen Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion thematisierte der Patriarch während seines

Besuches in der Schweiz vom 28. 6. bis 3. 7. 1995. Im Genfer Palast der Nationen warf Alexi II. die Frage nach der Lage der orthodoxen Russen in den ehemaligen sowjetischen Republiken auf. Nicht zufällig wählte er die Ukraine und Estland aus, d.h. gerade die Länder, in denen die Situation des Moskauer Patriarchats wegen der Gründung von Moskau unabhängiger orthodoxer Kirchen besonders problematisch ist. Obwohl die Rechte der Russen am stärksten in Mittelasien und Kasachstan verletzt werden, schweigt das Moskauer Patriarchat zur Verdrängung der russischen Bevölkerung aus diesen Republiken. Es ist bestrebt, einen Status quo in den Regionen zu bewahren, die hauptsächlich von Moslems besiedelt sind, und dort Beziehungen zu der neuen Führungsschicht aufzubauen. Gleichzeitig haben beide Seiten (die orthodoxe Geistlichkeit und die Vertreter des offiziellen Islams) in inoffiziellen Vereinbarungen auf eine gegenseitige Missionstätigkeit verzichtet. Von Interesse ist sicher, daß der Patriarch während der Pressekonferenz von einer mythischen Bedrohung für den russischen Staat gesprochen hat, die von verschiedenen Sekten und neuen religiösen Bewegungen ausgehe, die seinen Worten nach eine Spaltung der Nation nach Bekenntnis und Religion nach sich ziehen könne.

Aufschlußreich ist ein Zitat aus der Rede des Patriarchen Alexi II. im Genfer Palast der Nationen während seines Besuches in der Schweiz: „Unsere Kirche ist tief besorgt über die Lage der Menschenrechte auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen UdSSR. Unter vielen Problemen, die in diesem Bereich zu nennen sind, möchte ich die Situation der 25 Millionen ethnischen Russen besonders hervorheben, die von einem Tag auf den anderen dort zu Ausländern wurden, wo sie viele Jahrzehnte lang zusammen mit anderen Völkern gelebt hatten. Die Verdrängung aus ihren historischen Siedlungsorten bzw. ihrem Wohnort wird zu einer realen Gefahr. Die Gesetzgebung der einzelnen neuen Staaten aber, die den internationalen Rechtsnormen nicht entspricht, behandelt sie nicht gleichberechtigt. In diesem Zusammenhang kommt es zu Problemen in der Ukraine und zur religiösen Diskriminierung in Estland, wobei nicht nur die Russen diskriminiert werden, sondern auch die Gläubigen anderer Nationali-

7) Informationsblatt des Referats für auswärtige kirchliche Beziehungen des Moskauer Patriarchats, Nr. 12, 1995, S. 13.

täten, u.a. auch Ukrainer und Esten, die im eigenen Land der russisch-orthodoxen Kirche die Treue bewahrt haben.⁷⁾“

Das estnische Schisma

Die Ereignisse des Kirchenlebens in Rußland in den Jahren 1995/96 waren getrübt durch das sogenannte estnische Schisma, das zu einem vorübergehenden Bruch zwischen den Patriarchaten von Moskau und Konstantinopel führte. Dieser Konflikt wurde in Moskau als Versuch des Patriarchats von Konstantinopel gewertet, sich in die inneren kirchlichen Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche einzumischen und eine Abspaltung der orthodoxen Kirche in Estland von der russisch-orthodoxen Kirche zu erreichen mit dem Ziel, sie in den Bereich der Jurisdiktion Konstantinopels zu ziehen.

Gleichzeitig wimmelte die weltliche und kirchliche russische Presse nur so von Mitteilungen darüber, daß die Regierung der Republik Estland die Rechte der Russen in Estland verletze, ihnen nicht die Möglichkeit gebe, die estnische Staatsbürgerschaft zu erwerben und damit die Bedingungen für eine erzwungene Rückkehr nach Rußland schaffe. In der Presse wurde auch die Ablehnung einer Registrierung des estnischen Bistums innerhalb der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats durch das Innenministerium Estlands behandelt, was als Diskriminierung der orthodoxen Russen in dem baltischen Staat hingestellt wurde, als Verletzung der Grundrechte des Menschen u.s.w. Die wirklichen, rein irdischen Interessen des Moskauer Patriarchats, bei denen es um den Besitz von Grundstücken und Immobilien ging, blieben im Verborgenen. Große Unterstützung erhielt die russisch-orthodoxe Kirche vom russischen Außenministerium, das einige Schritte gegen Estland unternahm, die später ihren Niederschlag in einer Rede von Präsident Jelzin fanden, der von einer Verletzung der Rechte der russischen Minderheit und der orthodoxen Gläubigen in Estland sprach.

Am 5. Oktober 1994 fand eine Sitzung des Heiligen Synods der russisch-orthodoxen Kirche unter dem Vorsitz des Patriarchen statt. Kirill (Gundjajew), der Metropolit von Smolensk und Kaliningrad sowie Vorsitzende des Referats für auswärtige

kirchliche Beziehungen (im weiteren: R.a.k.B.), hielt einen Vortrag über seinen Besuch in der Republik Estland in der Zeit vom 14. bis zum 16. August 1994 und sein Gespräch mit dem Innenminister Estlands, Herrn H. Arike: „In dem Gespräch legte der Metropolitan Kirill die Position der russisch-orthodoxen Kirche hinsichtlich der Registrierung der orthodoxen Kirche in Estland mit der Satzung von 1935 dar, damit die Kirche die in ihrem Gebrauch befindlichen Gemeindekirchen behalten könne, ebenso wie die Gebäude und Ländereien des Maria-Himmelfahrt-Klosters Pühtizki, weiteres Vermögen und Immobilien. Minister Arike legte die Position seines Ministeriums dar, die darauf hinausläuft, daß das Innenministerium die Satzung von 1935 bereits der sogenannten Synode der estnischen apostolischen orthodoxen Kirche im Exil unter dem Patriarchat von Konstantinopel zugeschrieben hat, so daß die orthodoxe Kirche in Estland unter dieser Bezeichnung nicht mehr registriert werden kann. Der Minister schlug unverzüglich vor, die orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats in Estland unter einer anderen Bezeichnung zu registrieren. Hierbei sollten alle Fragen, die das Gemeinde- und Klostereigentum betreffen, im jeweiligen Einzelfall auf gerichtlichem Wege gelöst werden.“

Die Synode der russisch-orthodoxen Kirche beschloß:

1. Ihre grundsätzliche Ablehnung und Verbitterung zu dieser vom Innenminister der Republik Estland, Herrn Arike, vorgetragenen Position seines Ministeriums hinsichtlich der juristischen Registrierung der orthodoxen Kirche in Estland auszudrücken und diese als Verletzung der Grundrechte des Menschen und als Widerspruch zu den gesamteuropäischen Normen der Religionsfreiheit anzusehen.
2. Anzumerken, daß die Erfahrung der orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in Estland in der letzten Zeit gezeigt hat, daß gerichtliche Instanzen in diesem Staat geneigt sind, solche Fragen ausschließlich zum Nutzen der Synode der estnischen apostolischen orthodoxen Kirche im Exil zu entscheiden. Aufgrunddessen ist die der orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in Estland vorgeschlagene Registrierung ein Mittel, der

Kirche (der russisch-orthodoxen Kirche – Anm. des Autors) ihre Gemeinden und Klöster, ihre Kirchen und das gesamte Vermögen einschließlich der Immobilien zu entziehen.

3. Den Metropoliten Kirill und Kornili, den Bischof von Tallin und ganz Estland, nach Istanbul zu Verhandlungen in der genannten Frage mit Sr. Heiligkeit, dem Patriarchen Bartholomäus I, zu entsenden.“⁸⁾

8) *Informationsblatt* 94/19, S. 1.

9) *Informationsblatt* 94/19, S. 3.

10) *Informationsblatt* 94/20,
S. 10.

11) Ebd.

Auf derselben Sitzung des Heiligen Synods verlas der Metropolit Kirill noch einen Bericht über sein Treffen am 6.9.1994 mit Konrad Raiser, dem Generalsekretär des Weltkirchenrates, und Jahn Fischer, dem Generalsekretär der Konferenz der Europäischen Kirchen: „Bei den Verhandlungen wurde die Frage einer Teilnahme der russisch-orthodoxen Kirche am Weltkirchenrat und an der Konferenz der Europäischen Kirchen angeschnitten. Seine Eminenz, der Metropolit Kirill, hob besonders die Frage nach dem Schutz der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und des Baltikums hervor.“⁹⁾

Am 10. Oktober nahm der stellvertretende Vorsitzende des Referats für auswärtige kirchliche Beziehungen, Archimandrit Feofan (Aschurkow), an einer Konferenz zum Thema ‘Zur Lage der Russen im Ausland’ teil. Auf der Konferenz wurde die Position der russisch-orthodoxen Kirche zum Thema des Treffens dargelegt.¹⁰⁾

Am 17. Oktober trafen sich der Archimandrit Feofan (Aschurkow) und sein Assistent laut Protokoll der Protodiakon Wladimir Nasarkin mit dem russischen Botschafter in der Türkei, Herrn W.N. Kusnezow. Während des Gespräches wurde die Position der russisch-orthodoxen Kirche hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Patriarchaten von Moskau und Konstantinopel dargelegt.¹¹⁾

■ Zu den Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien

1993, als sich die Krise im ehemaligen Jugoslawien zuspitzte, verhielt sich die russisch-orthodoxe Kirche eindeutig kritisch gegenüber der UNO, der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedsstaaten der NATO, die eine harte Position gegenüber Serbien

einnahmen, das die serbischen Nationalisten in Bosnien-Herzegowina bei ihren ethnischen Säuberungen unter den bosnischen Moslems und den Kroaten unterstützte. Die Position der russisch-orthodoxen Kirche in dieser Frage entsprach der Politik des russischen Außenministeriums, das gegen wirtschaftliche Sanktionen der internationalen Gemeinschaft eintrat, die gegen Serbien gerichtet waren.

Am 12. 5. 1993 gaben Patriarch Alexi II. und der Heilige Synod der russisch-orthodoxen Kirche eine Erklärung zur Lage im ehemaligen Jugoslawien ab. In dieser Erklärung heißt es u.a.: „Wir spüren die schweren Leiden des serbischen Volkes, das mit uns durch jahrhundertealte brüderliche Bande verbunden ist. Wir leiden mit unter den Schwierigkeiten, die die serbische orthodoxe Kirche erfährt, und den mitunter verheerenden Angriffen, denen sie in den Kampfgebieten ausgesetzt ist. Die Gemeinschaft orthodoxen Glaubens und slawischen Blutes, die Nähe des historischen Schicksals festigt unsere Einmütigkeit. [...] Uns betrüben die Versuche, diesen politischen Konflikt als einen interkonfessionellen Konflikt zu deuten, dadurch in seinem Umfeld religiöse Zwietracht zu säen und die religiösen Gefühle der Menschen zur Verschärfung der militärischen Spannung auszunutzen. Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, auf die Pläne eines militärischen Eingreifens in den Konflikt ebenso zu verzichten wie auf die einseitige militärische Unterstützung bzw. einseitige Wirtschaftsblokade der einen oder anderen Seite.“¹²

Patriarch Alexi II. war vom 14. bis zum 19. 5. 1994 zu einem offiziellen Besuch nach Serbien gekommen. Das Informationsblatt berichtet hierüber wie folgt: „Das Flugzeug, mit welchem der Patriarch und die ihn begleitende Delegation der russisch-orthodoxen Kirche eintraf, war eines der wenigen, das auf dem gesperrten Flughafen von Belgrad landen konnte; hierfür war eine Sondererlaubnis erforderlich gewesen. ‘Aus der Sicht der russisch-orthodoxen Kirche’, so sagte ihr Oberhaupt auf dem Flughafen, ‘haben die wirtschaftlichen Sanktionen, die von der UNO über Jugoslawien verhängt wurden, nicht nur keinen Frieden in die Konfliktregion gebracht, sondern noch zusätzliche Konfrontation hervorgerufen und die einfachen Bürger schwer getroffen. Die orthodo-

12) *Informationsblatt* 93/10, S. 1.

nen Russen sind mit ihrer Seele bei den leidenden Brüdern in Jugoslawien.“

„Am 17. Mai, auf dem Weg zu einem Friedensgespräch nach Sarajewo, kam es in der Stadt Pale zu einem Treffen von Alexi II. und Patriarch Pawel mit dem Führer der bosnischen Serben Radowan Karadzic. Patriarch Alexi machte Karadzic mit den Schritten vertraut, die die russisch-orthodoxe Kirche hin zu einer friedlichen Lösung der jugoslawischen Krise unternommen hat. Karadzic drückte die Bereitschaft der bosnischen Serben aus, die Abmachung über eine Feuerpause einzuhalten und territoriale Eingeständnisse im Namen einer schnellen friedlichen Regelung des Konfliktes zu machen.“¹³⁾

13) Informationsblatt 94/20,
S. 2-3.

■ **Beziehungen zum kommunistischen China**

In der letzten Zeit sind rege diplomatische Kontakte zwischen den Vertretern des Referats für auswärtige kirchliche Beziehungen des Moskauer Patriarchats und den Diplomaten der Volksrepublik China zu verzeichnen. Der Vorsitzende des R.a.k.B., Metropolitan Kirill (Gundjajew), war 1993 zu einem Besuch in Peking, wo er Verhandlungen mit Vertretern des Amtes für Religionsangelegenheiten beim Staatsrat der Volksrepublik führte, und zwar im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Arbeit durch die orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats in China. In den offiziellen Mitteilungen zu diesen Treffen heißt es, daß sie in freundschaftlicher Atmosphäre verliefen, gegenseitiges Verständnis und Achtung der chinesischen Beamten gegenüber der gesellschaftlichen Rolle der russisch-orthodoxen Kirche ausdrückten. Die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche gaben an, daß in China die Bedingungen für eine Arbeit der orthodoxen Kirche jetzt gegeben seien, nachdem sie während der sogenannten Kulturrevolution unterbunden worden war. Im Verlauf der Verhandlungen in Peking sprachen die 'kirchlichen Diplomaten' aus Moskau kein Wort über die Lage der Gläubigen in China und die Verletzung der Menschenrechte sowie über die Tausenden von Gläubigen, die für ihr religiöses Engagement im Gefängnis sitzen. Der Heilige Synod der russisch-orthodoxen Kirche nahm am 14.4.1997 die kirchliche Verehrung der 222 chinesischen Märtyrer wieder

auf, die während des Boxeraufstandes im Jahre 1900 starben, hielt es aber nicht für notwendig, der Opfer des roten Terrors zu gedenken.

30. 9. 1994. „Der stellvertretende Vorsitzende des R.a.k.B., der Priester Viktor Petljutschenko, und der Assistent des Vorsitzenden, W.A. Tschukalow, nahmen an dem Empfang teil, der vom Botschafter der Volksrepublik China Wan Zsiin Zin aus Anlaß der Staatsgründung gegeben wurde.“¹⁴⁾

28. 10. 1994. „Der stellvertretende Vorsitzende des R.a.k.B., der Priester Viktor Petljutschenko, empfing den 1. Botschaftssekretär der Volksrepublik China in Rußland, Zin Tschunzsjanja, und den 3. Botschaftssekretär der Volksrepublik, Jui Sinji. Er beantwortete Fragen nach der Rolle der Religion im gesellschaftlichen Leben.“¹⁵⁾

14) *Informationsblatt* 94/19, S. 10.

15) *Informationsblatt* 94/21, S. 9.

■ **Beziehungen zur Islamischen Republik Iran**

Wenn wir von der Außenpolitik der russisch-orthodoxen Kirche sprechen, so sollte man auch die aktiven Kontakte zur Islamischen Republik Iran nicht unerwähnt lassen, die im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Kurs der Russischen Föderation in der islamischen Welt zu sehen sind. Trotz des Wirtschaftsembargos, welches auf den Handel mit dem Iran wegen dessen internationaler terroristischer Tätigkeit abzielt, gewinnen die Beziehungen zwischen dem Iran und Rußland immer deutlicher den Charakter einer strategischen Zusammenarbeit.

Ajatollah Muhammad Ali Tasichiri, einer der Führer des Irans und Vorsitzender der Organisation für Kultur und islamische Verbindungen der Republik Iran, stattete Moskau vom 11. bis zum 15. 2. 1997 einen offiziellen Besuch ab, wo er vom Patriarchen Moskaus und ganz Rußlands Alexi II. empfangen wurde. Im Verlauf der Verhandlungen wurde eine Vereinbarung über die Gründung einer bilateralen Kommission für den Dialog zwischen den Religionsvereinigungen geschlossen.

In einem Interview für die *Nesawisimaja gaseta* (in der Beilage 'Religion' vom 27. 2. 1997) sagte der Ajatollah folgendes: „Wir beobachten, daß die orthodoxe Kirche eine breite gesellschaftliche Tätigkeit entwickelt, daß sie die Menschen auf ihre geistigen Anfänge zurückbesinnt, bestrebt ist, ein heroisches

Ideal unter den Soldaten zu schaffen und an wohl-tätigen Aktionen teilnimmt. [...] Man kann eine große Gemeinsamkeit und Ähnlichkeit zwischen der Geistlichkeit unserer beiden Länder erkennen. [...] Heute kämpfen wir gegen die Kräfte, die eine Herrschaft über andere Länder errichten wollen. Aus der Sicht des Imams Chomeini steht an der Spitze der Versklaver Amerika, das den Völkern den Gedanken an seine unvermeidliche Herrschaft einimpfen will. In unserer Religion und Kultur ist in Übereinstimmung mit dem Koran der Satan die Verkörperung einer solchen Kraft. Ihr setzen wir Amerika gleich.“

Als Antwort auf die Frage des Korrespondenten der *Nesawisimaja gaseta* über den Sinn der Beziehungen zwischen der orthodoxen Geistlichkeit Rußlands und der islamischen Geistlichkeit des Iran erklärte Patriarch Alexi II. folgendes: „Dies ist der erste Kontakt auf hoher Ebene. Wir verfügen über einiges an Erfahrung in der Zusammenarbeit mit moslemischen Geistlichen der Sowjetunion. Heute gilt es, das aufzubauen, was zerstört wurde. Wir haben ein gemeinsames Ziel: die moralische Gesundheit der Gesellschaft. Sowohl im Koran als auch in der Bibel ist vielerorts davon die Rede, daß ein moralischer Angelpunkt für die Menschen vonnöten ist. Diesen aber hat man uns entrissen, er ist nicht mehr vorhanden. Im Iran ist man auch bedacht, diese moralischen Grundsätze den Menschen zu vermitteln.“¹⁶⁾

16) *Nesawisimaja gaseta*, Beilage 'Religion' vom 27.2.1997.

■ Innenpolitik

Die Streitkräfte der Russischen Föderation und andere Machtstrukturen

In der letzten Zeit ist die russisch-orthodoxe Kirche aktiv damit beschäftigt, ihren Einfluß in den Streitkräften der Russischen Föderation und in anderen bewaffneten Formationen der Machtstrukturen zu festigen. Hierzu gehören die Truppen des Innenministeriums; Unterabteilungen der Miliz, Organe zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gefängnisse und Strafkolonien, Unterabteilungen der Grenztruppen, des Föderalen Sicherheitsdienstes und des Ministeriums für Außergewöhnliche Situationen. Das Moskauer Patriarchat will in den Truppen die politischen Organe aus sowjetischer Zeit (Kommissare

und stellvertretende Kommandeure) austauschen, das geistige Monopol in der Erziehungsarbeit unter den Wehrpflichtigen übernehmen, andere religiöse Organisationen aus diesem Bereich verdrängen und die Traditionen der vorrevolutionären russischen Armee wiederbeleben, wo es die Institution der Armee- und Marineseelsorge zur Vertiefung der militärisch-patriotischen Arbeit gab, die auf der orthodoxen Ideologie und den nationalen Traditionen basierte.

Es muß gleich gesagt werden, daß eine solche Politik der Kirche auf großes Verständnis und Unterstützung durch die Militärverwaltungen und die Machtstrukturen des Staates stößt. Dies spiegelt sich in einer Reihe von Vereinbarungen zwischen diesen Strukturen und dem Moskauer Patriarchat wieder, was der Verfassung Rußlands allerdings grundsätzlich widerspricht, welche Rußland zu einem weltlichen Staat erklärt, in dem die Kirche vom Staat getrennt ist und der Staat den religiösen Organisationen nicht die Funktion von staatlichen Stellen einräumt.

Vom 25. bis zum 27.10.1994 fand im Moskauer Danilow-Kloster die 1. Allrussische Konferenz zum Thema 'Orthodoxe Kirche und russische Armee' statt. An ihr nahmen Geistliche, Armeeführer, Mitglieder des Koordinierungsausschusses für die russisch-orthodoxe Kirche und die Streitkräfte der Russischen Föderation sowie Vertreter der Streitkräfte und der Bistümer aus allen Regionen Rußlands teil, die für die gemeinsame Arbeit verantwortlich sind. Zu den Teilnehmern der Konferenz sprachen Patriarch Alexi II., der stellvertretende russische Verteidigungsminister Generaloberst Mironow, der Vorsitzende des R.a.k.B., Metropolit Kirill (Gundjajew), Generalleutnant Nikulin sowie der stellvertretende Vorsitzende des R.a.k.B., Priester Viktor Petljutschenko.

Die Konferenz unterteilte sich in die Sektionen 'Praktische Umsetzung der gemeinsamen Arbeit militärischer Verwaltungsorgane und religiöser Vereinigungen. Die Betreuung gläubiger Armeeangehöriger' und 'Eingehen auf die Bedürfnisse der gläubigen Armeeangehörigen während der Betreuung durch die russisch-orthodoxe Kirche'. In der Plenarsitzung wurden folgende Themen diskutiert: 'Das Zusammenwirken der russischen Streitkräfte und der

russisch-orthodoxen Kirche bei den Vorbereitungen zum 50. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg von 1941-1945' sowie 'Russische Gesetzgebung über die Freiheit von Gewissen und Konfession: praktische Umsetzung und Vorschläge zur weiteren Verbesserung'. Am 26. 10. 1994 nahmen die Konferenzteilnehmer an einem Gottesdienst teil, den Patriarch Alexi II. abhielt.

In seiner Begrüßungsrede sagte Alexi II. u.a.: „Ich gratuliere ihnen allen zur Eröffnung dieser Konferenz, die neue Perspektiven in den Beziehungen zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und der russischen Armee aufzeigen soll. [...] Das Wesen unseres Zusammenwirkens ergibt sich aus der Notwendigkeit einer geistigen Erneuerung von Armee, Gesellschaft, Volk und Land. Die russische Armee war schließlich immer eine Volksarmee und lebte mit den Erwartungen der Söhne und Töchter unseres Vaterlandes, mit denen der Soldat durch die Bande von Blut und Geist verbunden war.

Für einen kirchlichen Menschen ist der Dienst für das Vaterland Teil seines Dienens vor Gott. Nicht umsonst hat der heilige Johannes Kronschtadtski geschrieben, daß der Dienst für das Vaterland ein Abbild des wesentlichen, ewigwährenden Dienens vor Gott ist, eine Ausbildung in göttlichen Sphären“.

Wie in den Beziehungen eines Landes zur Außenwelt, so muß auch im Innern des Landes die Armee bedacht sein auf Gesetzlichkeit, Frieden und Ordnung. Hierfür müssen die russischen Truppen Edelmüt und andere hohe geistige und moralische Fähigkeiten besitzen, die den russischen Soldaten und Offizier seit jeher auszeichneten.

Besuche von Priestern bei militärischen Garnisonen und Truppenteilen, auf Kampfschiffen und in unterschiedlichen Armeeinrichtungen wurden mitunter schon zur Gewohnheit. Neben den Treffen und Gesprächen mit gläubigen Soldaten nehmen die Priester, die zu den militärischen Objekten kommen, heilige Handlungen vor, die einen tiefen geistigen Sinn haben: die Weihe von Fahnen, Gedenkzeichen, Kriegsschiffen, Flugzeugen u.s.w.

Am 2. März dieses Jahres (1994, Anm. des Autors) hatten wir ein Treffen mit dem russischen Verteidigungsminister Pawel Gratschow, auf welchem eine gemeinsame Erklärung angenommen wurde, und

man übereinkam, den Koordinierungsausschuß für die russisch-orthodoxe Kirche und die russischen Streitkräfte zu gründen.

Es ist an der Zeit, ein Merkblatt bzw. eine Anweisung für den Geistlichen zu erarbeiten, der seinen Dienst in der Armee tut, ähnlich der Anweisung, wie sie auf dem 1. Allrussischen Kongreß der Armee- und Marineseelsorge im Jahre 1914 angenommen wurde. Ich denke, daß auch eine Stärkung des Koordinierungsorgans möglich ist, da es mit seelsorgerischer Tätigkeit und geistiger Aufklärung in der Armee vertraut ist. Die orthodoxen Priester und Laien könnten das Volk zu mehr Liebe gegenüber dem Vaterland erziehen, das Prestige des Wehrdienstes anheben und das Andenken an die ruhmreichen, kämpferischen Taten der Vergangenheit hochhalten. Das letztere ist besonders aktuell im Zusammenhang mit dem sich nähernden 50. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg.¹⁷⁾

Die Konferenz verfaßte eine 'Rede an die russischen Streitkräfte, den Klerus und die Laien der russisch-orthodoxen Kirche', in welcher es u.a. heißt: „Wir, die Vertreter von Kirche und Armee aus praktisch allen Regionen Rußlands, sind in Moskau zusammengekommen, um die Aufgaben zu diskutieren, deren Erfüllung uns die Notwendigkeit einer geistigen Erneuerung unseres Volkes, der Wahrung von Freiheit, Lebensfähigkeit und Integrität unserer Heimat vorgibt. Wir leben in einer Phase des Umbruchs und der Verantwortung, wo sich vor uns ein Weg zur Erneuerung unserer historischen Ideale und Werte öffnet. [...] Kirche und Armee waren immer beim Volk, sie trugen dazu bei, die russische Staatlichkeit aufzubauen, traten ein für die Würde des Vaterlandes, bewahrten sein Gut, seine Kultur und sein geistiges Erbe. Armee und Kirche verkörperten in ihrem Dienst Geist, Tugend und Genie des Volkes. Durch ihre Großtat brachten sie Frieden und Eintracht in die Gesellschaft und vereinten die Völker Rußlands. [...] Kirche und Armee haben Rußland in der Vergangenheit aufgebaut. Ihre Aufgabe ist es auch, Rußland in der Zukunft zu gestalten.“¹⁸⁾

In der Militärfachschule für chemische Abwehr wurde zu Ehren des heiligen, rechtgläubigen Fürsten Dimitri Donskoi eine Armeekirche eingeweiht. „Bei der Eröffnung des Gotteshauses waren der Truppen-

17) *Informationsblatt* 94/21, S. 2-4.

18) *Informationsblatt* 94/21, S. 5.

chef für radioaktive, chemische und bakteriologische Abwehr, Generaloberst Stanislaw Petrow, die Leitung der Fachschule und die Offiziersschüler anwesend. Nektari, der Erzbischof von Saratow und Wolsk, weihte die Kirche ein.“¹⁹⁾

19) Informationsblatt 94/20,
S. 8.

20) Informationsblatt 95/12,
S. 3.

Am 19.10.1994 fand im Referat für auswärtige kirchliche Beziehungen ein Treffen zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden des R.a.k.B. des Moskauer Patriarchats, dem Priester Viktor Petljutschenko, und dem stellvertretenden Stabschef des Innenministeriums, Generalmajor W.N. Petrow, statt. Im Verlaufe des Gesprächs „wurden Fragen der weiteren Zusammenarbeit zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und dem Innenministerium der Russischen Föderation erörtert“.

Der Heilige Synod beschloß am 16.7.1995 die Bildung einer 'Abteilung des Moskauer Patriarchats zur Zusammenarbeit mit den Streitkräften und den Rechtsschutzbehörden', an deren Spitze der Bischof von Krasnogorsk, Sawwa (Wolkow), steht.²⁰⁾

■ Die Kosaken

Das Bestreben der russisch-orthodoxen Kirche, in einzelnen Bevölkerungsschichten Unterstützung zu finden, erstreckt sich nicht nur auf die Machtstrukturen, sondern auch auf die ehemalige Soldatenklasse – die Kosaken, für die einerseits ihr sesshafter Lebensstil und Gemeinschaftssinn kennzeichnend war, andererseits ihre Funktion als Grenzschutz und Polizei. In der vorrevolutionären Geschichte haben sich die Kosaken der Bevölkerung durch ihr brutales Auseinanderjagen von Demonstrationen mit Hilfe von Riemenpeitschen und Säbeln eingepreßt. Interessant ist, daß die Kosaken mit ihrer bewahrenden Tradition und ihrem Konservatismus in der Mehrzahl nicht orthodoxen Glaubens, sondern Altgläubige waren! Trotzdem stimmen bei den heutigen Erneuerern des Kosakentums – in der Regel Erben der alten kommunistischen Nomenklatura – und der russisch-orthodoxen Hierarchie die Ziele überein: einen mobilen Mechanismus zu schaffen, eine 'bewaffnete Abteilung' der konservativen Opposition. Deshalb werden alle Kosaken in einem Zug zu Orthodoxen erklärt; die Leiter der Bistümer, in denen sich traditionell Kosakensiedlungen befinden, führen

die orthodoxe Ideologie ein und weihen mit Vorliebe Kosakenfahnen und Truppenformationen.

„Am 16.10.1994 fand auf Bitte des Atamans der Kosakenschaft Amur, A.W. Koslow, in der Maria-Verkündigungs-Kathedrale ein kurzer Gottesdienst und die Einweihung der Maria-Verkündigungs-Siedlung der Kosakenschaft Amur statt. Der Bischof von Blagowestschensk und Tyndensk, Gawriil (Stelbljutschenko), wandte sich mit einer Begrüßungsrede an die Kosaken, in welcher er u.a. sagte: „Die heutige Wiedergeburt des Kosakentums am Amur ist ein wichtiger Beitrag zur edlen Tat, die lebensspendenden Quellen der heiligen orthodoxen Rus wieder sprudeln zu lassen; deren Bestandteil war und ist das Kosakentum.“²¹⁾

21) *Informationsblatt* 94/20,
S. 8.

■ **Das Internationale Russische Volkskonzil**

Ein recht deutliches Beispiel für die eigene Politik des Moskauer Patriarchats, Einfluß auf die Politik der staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Organisationen in Rußland zu nehmen, ist die führende Rolle der russisch-orthodoxen Kirche bei der Gründung einer „unpolitischen, internationalen gesellschaftlichen Organisation“, des Internationalen Russischen Volkskonzils.

Diese Organisation, an deren Spitze offiziell Patriarch Alexi II. steht – sein Stellvertreter ist Metropolit Kirill (Gundjajew) – lädt zu ihren Versammlungen, die im Moskauer Danilow-Kloster stattfinden, Mitarbeiter staatlicher Strukturen, Politiker, Mitglieder der Staatsduma, Geschäftsleute, bekannte Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler ein. Auf der Tagesordnung der Konzile finden sich für eine Versammlung der kirchlich-orthodoxen Öffentlichkeit recht ungewöhnliche Themen und es werden Dokumente verabschiedet, die ernste Folgen für die Außen- und Innenpolitik Rußlands haben könnten. In der ‘Rede des 2. Internationalen Russischen Konzils an das russische Volk’ (1.-3.2.1995) heißt es: „Die russischen Behörden müssen bei ihrer Arbeit von einem geteilten Status unseres Volkes ausgehen und dürfen ihm auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR nicht den Status von nationalen Minderheiten geben. Beim Abschluß internationaler Verträge [...] sind keine Formulierungen zulässig, die

direkt oder indirekt die derzeitige Lage des russischen Volkes und seiner historischen Heiligtümer legitimieren.“

In dem Dokument ‘Die Wiedergeburt der russischen Kultur und die orthodoxe Kirche als entscheidende Bedingungen für die geistige Wiedergeburt der Nation’ heißt es: „Notwendige Bedingungen für die Erfüllung dieses allumfassenden Programmes sind:

- die Überarbeitung des gesamten Schul- und Hochschulsystems, damit die Bürger Rußlands von der Wiege bis zum Grab spüren, daß sie in einer Gesellschaft leben, in der Ethik, Ästhetik, Politik, Rechts-, Familien- und Wirtschaftsstrukturen eine christliche Orientierung haben;
- die Überarbeitung des gesamten Systems der militärisch-patriotischen und zivilen Erziehung, wobei die religiös-moralische Motivation im Militär- und Staatsdienst klar verdeutlicht wird;
- die Überarbeitung des gesamten Systems von politischer Aufklärung, Propaganda und Parteienorientierung der Bürger, basierend auf der richtigen Einordnung der orthodoxen Religion.“

In dem ‘Protokoll zur Einheit des russischen Volkes’ heißt es: „Das Internationale Russische Konzil erklärt, daß ohne direkte und eindeutige Wiederherstellung der historischen Rechtsnachfolge der Russischen Föderation nach 1917, und nicht nach 1991 (Zerfall der UdSSR – Anm. des Autors) oder 1922 (Bildung der UdSSR), es unmöglich sein wird, die Basis für den heutigen Status der Russen als gespaltenes Volk zu verstehen. [...]

Das gesplattene russische Volk mit seiner historischen Staatlichkeit wieder zu vereinigen ist die große nationale Aufgabe der Russen, zu deren vielseitiger praktischer Umsetzung das Internationale Russische Konzil aufruft.“

In einem Dokument desselben Konzils zum Thema ‘Wiedereinsetzung der Monarchie in Rußland’ heißt es u.a.:

1. Die Monarchie ist die optimale, historisch erprobte, jahrhundertealte Form der Staatsmacht in Rußland.
2. Die orthodoxe Monarchie kann in Rußland aber als russische Staatsmacht nur dann eingesetzt werden, wenn sie sich auf die Volksvertretung stützt. Nur eine allrussische Ständevertretung mit der

orthodoxen Kirche an ihrer Spitze kann in russischer Sprache und unter allgemeiner Zustimmung das Reich für die von Gott Auserwählten verkünden.“

Das 3. Internationale Russische Volkskonzil (4.-6.12.1995) erklärte in seinem Abschlußdokument wie folgt: „Das Konzil schlägt vor, in Kürze eine Versammlung von Vertretern der Legislative, der Exekutive und der Föderationssubjekte sowie der politischen Kräfte und nationalen Organisationen aller Völkerschaften Rußlands, traditionellen Religionen und Konfessionen durchzuführen, auf welcher man eine Vereinbarung über wesentliche Punkte bei der Überwindung der Krise des Vaterlandes erarbeiten könnte. Das Konzil ist bereit, die Organisation und die Durchführung eines solchen Forums auf sich zu nehmen.“²²⁾

In der Zeitschrift des Moskauer Patriarchats, Ausgabe Nr. 1 von 1996, finden wir folgende Auskunft: „Das Internationale Russische Volkskonzil ist eine ständige, nicht politische, internationale gesellschaftliche Organisation, die mit dem Segen und der tatkräftigen Hilfe der Kirche gegründet wurde und die Geistlichkeit und Laien verschiedener Berufe sowie die Werktätigen praktisch aller Bereiche des Staates und der Gesellschaft vereint.“²³⁾

■ Angaben zum Autor

Mark Smirnow, Leiter des internationalen, unabhängigen Forschungszentrums 'Religion und Gesellschaft in den Ländern der GUS und des Baltikums' (Moskau). Er ist Chefredakteur der jährlich erscheinenden Zeitschrift *Dia-Logos* (Religion und Gesellschaft). Hauptthema seiner Studien sind die Probleme von Religion und Gesellschaft im postsowjetischen Raum.

22) Die genannten Dokumente werden zitiert nach Weißbuch. Verletzungen der Gewissensfreiheit in der Russischen Föderation (1994-1996), hrsg. vom Gesellschaftlichen Komitee zum Schutz der Gewissensfreiheit, Moskau: Verlag Allegro-Press 1997, S. 72-76.

23) *Zeitschrift des Moskauer Patriarchats*, Nr. 1, 1996, S. 13.